Beschlussvorlage

2014-2019/SR-096/1

Status: öffentlich

Fachbereich FB Bau/Stadtentwicklung
 Verfasser Dagmar Turian

Erstellungsdatum: 30.08.2016
 Aktenzeichen 65.20.01.01.-HB

Betreff:

Verwaltungsvereinbarung Henkelbrücke, Finanzierungsverpflichtung

Beratungsfolge:			Abstimmung			
Sitzungsdatum	Gremium	Zuständigkeit	Ja	Nein	Ent	Bef
19.09.2016	Bau- und Vergabeausschuss	Vorberatung				
22.09.2016	Stadtrat der Stadt Genthin	Entscheidung				

Ergebnis der Abstimmung: **beschlossen** **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Genthin bestätigt die Finanzierungsverpflichtung zum Abschluss der Verwaltungsvereinbarung für den Bau der Fußgängerbrücke über den Elbe-Havel-Kanal (Henkelbrücke) im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nach Kommunalverfassungsgesetz LSA § 104 in Höhe von 405,00 T€. Mit der Erstellung einer Haushaltssatzung 2017 und entsprechender Kasenwirksamkeiten ist die Zahlungsanforderung planmäßig zu etatisieren.

(Dagmar Turian)
 Fachbereichsleiter/in

(Thomas Barz)
 Bürgermeister

Sachverhalt:

Mit der Beschlusslage 2014-2019/SR-096 hat der Stadtrat die Finanzierungsverpflichtung zum Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zum Ersatzbau der Henkelbrücke in Höhe von 405,00 T€ dem Grunde nach bestätigt. Auf Grund der zu diesem Zeitpunkt fehlenden Finanzierungsgrundlage wurde mit dem Abschluss der Verwaltungsvereinbarung mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung der Bundesrepublik Deutschland ein gesonderter Finanzierungsbeschluss angekündigt, der die Kassenwirksamkeiten absichern soll. Auf Grund der Nichtwirksamkeit der Haushaltssatzung 2016 konnte die vorgenannte Ausgabe nicht planmäßig nachgewiesen werden.

Zwischenzeitlich liegt die Verwaltungsvereinbarung zur Unterzeichnung vor. Es bestehen keine Abweichungen zum Entwurf, der der oben genannten Beschlusslage beigefügt war.

Das Wasserstraßenneubauamt (WNA) beabsichtigt eine Verkehrsfreigabe der Brücke zum Ende September/Anfang Oktober 2016. Mit Abschluss der Verwaltungsvereinbarung ist die Stadt verpflichtet, innerhalb von 6 Monaten nach Vorlage der Kostenrechnung, diese zu begleichen. Damit ist von einer Kassenwirksamkeit in 2017 auszugehen. Die Abrechnung erfolgt auf Nachweis der tatsächlichen Baukosten.

Da der konkrete Termin der Kassenwirksamkeit, in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2017 nicht abschließend zu bestimmen ist, wird eine Finanzierungsbestätigung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nach dem Kommunalverfassungsgesetz LSA § 104 in Höhe von 405,00 T€ beantragt.

Anlagen:

Finanzielle Auswirkungen:

405.000,00 € Ablösebetrag